

Baden-Württemberg-Check: Sparen, investieren und reformieren



Drei von vier Menschen in Baden-Württemberg möchten laut Umfrage weniger Geld für Kultur ausgeben. Neben jährlichen Zuschüssen bezahlt das Land derzeit auch einen Teil der mehrere hundert Millionen Euro teuren Sanierung des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe (Archiv). Foto: Rake Hora

Diese (wenigen) Sparvorschläge finden Zustimmung

Der neue BaWü-Check offenbart eine lange und teure Wunschliste – aber auch die Bereitschaft zu Verwaltungsreformen

Zur Serie

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im aktuellen Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um Einsparpotenziale im Land.

Stuttgart. Es war ein weitreichender Vorschlag, mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeilen machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen – zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen unter anderem kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

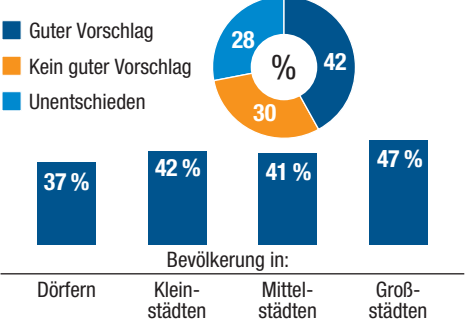
Solche Ideen fielen in der Wählerschaft offenbar auf fruchtbaren Boden, wie der aktuelle BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis, ist die Zustimmung sogar noch höher.

Die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach befragte im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen im Juni 1.006 Menschen im Alter ab 16 Jahren. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden fällt die Zustimmung sogar noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) spricht sich dagegen aus. Wenig überraschend ist, dass die Zustimmung in Städten – Großstädte (64,4 Prozent),

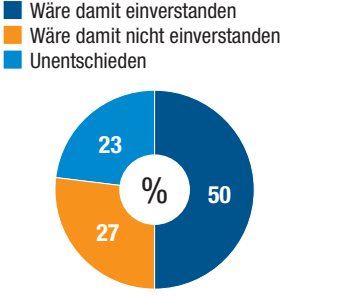
Eine Zusammenlegung von Landkreisen findet mehr Unterstützer als Gegner

„Um Kosten zu sparen, gibt es die Forderung, die Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg zu reduzieren. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?“



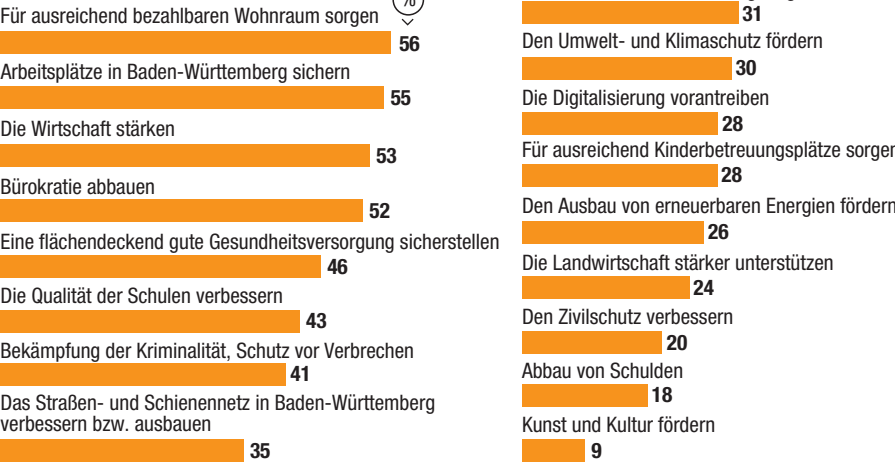
Große Offenheit beim eigenen Landkreis

„Wenn der Landkreis, in dem Sie leben, mit einem anderen Landkreis zusammengelegt werden würde: Wären Sie damit einverstanden oder nicht einverstanden?“



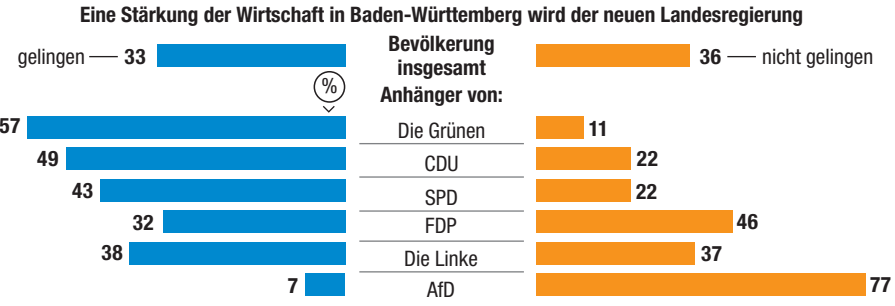
Die politische Agenda der Bürger für die neue Landesregierung

„Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren kümmern sollte?“



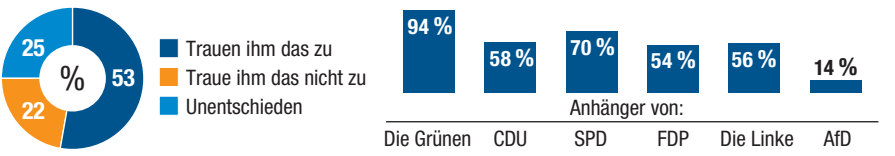
Kann der neuen Regierung die Stärkung der Wirtschaft gelingen?

„Einer der Schwerpunkte im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU ist die Stärkung der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, die Wirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken, oder glauben Sie das nicht?“



Großes Vertrauen in Cem Özdemir – nahezu parteiübergreifend

„Vor Kurzem ist Cem Özdemir zum neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ernannt worden. Trauen Sie Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein, oder trauen Sie ihm das nicht zu?“



Basis: BaWü, Bevölkerung ab 16 Jahre | Quelle: Allensbacher Archiv

Mittelstädte (59,6 Prozent), Kleinstädte (62,1 Prozent) – höher ausfällt als in Dörfern mit 46,1 Prozent.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine mögliche Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegende Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau machen soll. Ob dann auch über eine Verwaltungsreform gesprochen wird? Noch offen.

Kürzen will die Landesregierung auf jeden Fall bei sich selbst. In der „zentralen Verwaltung“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2031 fünf Prozent der Stellen wegfallen. Was genau die zentrale Verwaltung umfasst, ist noch nicht festgelegt. Und zum Regierungsstart hatten Grüne und CDU sich selbst erst einmal je 30 zusätzliche Stellen in eigenen Ministerien zugesagt. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber zuletzt, die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.

Das ist auch gut so. Denn vier von fünf Befragten im BaWü-Check finden, dass das Land Personal einsparen sollte. Der zweite Bereich, in dem überwiegend Sparpotenzial gesehen wird, sind Kultureinrichtungen. 72 Prozent der Befragten finden, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte.

Für Mehrausgaben gibt es hingegen eine lange Wunschliste: Mehr Geld wünschen sich die allermeisten für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Wohnungs- und Straßenbau, aber auch Wirtschaftsförderung und Wissenschaft. Die Wünsche korrespondieren mit der politischen Agenda der Bürgerinnen und Bürger. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) findet, dass das Land für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Ein Thema, das schon lange weit oben bei den Menschen im Land rangiert, gefolgt von den Aufgaben Arbeitsplätze sichern, Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Die Gesundheitsversorgung und Schulen rangieren auf Platz fünf und sechs.

Allerdings ist das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Landesregierung eher überschaubar. Nur 38 Prozent der Befragten trauen Grün-Schwarz zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent sind nicht dieser Auffassung. Bei der Frage, ob die Landesregierung die Wirtschaft stärken kann, dreht sich das Verhältnis: Nur noch 33 Prozent

glauben daran, während 36 Prozent der Auffassung sind, dass das nicht gelingen wird.

Sowohl Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) als auch sein Vize Manuel Hagel (CDU) hatten das Thema Wirtschaft im Wahlkampf hochgehängt. Auch in seiner ersten Regierungserklärung nannte Özdemir Wirtschaft „Thema Nr. 1“.

„Baden-Württemberg wirtschaftlich zu erneuern, die Bremsen zu lösen und Investitionen zu ermöglichen. Das ist die zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre“, sagte er im Mai im Landtag. Als Erstes will Özdemir noch vor der Sommerpause ein Effizienzgesetz zum Bürokratieabbau umsetzen. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, außerdem soll ein Zukunftsfonds aufgesetzt werden, um Firmen im Umbruch über schwierige Zeiten hinwegzuhelfen.

Allerdings trauen die Befragten im BaWü-Check der Landesregierung auch beim Thema Stellenabbau in der Automobilindustrie wenig zu. 55 Prozent halten die Landesregierung an der Stelle für weitgehend machtlos. Und auch beim Bürokratieabbau gibt es Zweifel: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es der grün-schwarzen Landesregierung gelingen wird, spürbar Bürokratie abzubauen. Gut die Hälfte hält das nicht für realistisch.

Die größten Zweifel haben Anhänger der AfD und der Linken. Die eigenen Rechte wollen viele Bürgerinnen und Bürger aber auch nicht beschnitten sehen, um Genehmigungen und Verfahren zu beschleunigen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmaßnahmen wieder zu reduzieren, nur 37 Prozent sind dafür.

Alles in allem startet die neue grün-schwarze Landesregierung allerdings mit einem Vertrauensvorschuss in die erste Legislaturperiode. Cem Özdemir trauen 53 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu werden, auch bei Unterstützern von CDU (58 Prozent), SPD (70 Prozent), FDP (54 Prozent) und Linken (56 Prozent) kann der neue Ministerpräsident punkten. Unter den AfD-Anhängern trauen ihm immerhin 14 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu sein.

Was die Zusammenarbeit zwischen Grünen und CDU angeht, glauben 41 Prozent, dass die neuen, alten Koalitionäre gut zusammenarbeiten werden, während 32 Prozent denken, dass es viel Streit geben wird. Nach dem eher schwierigen Start in die Sondierungsverhandlungen und einzelnen Scharmützeln während der Koalitionsverhandlungen waren bislang keine größeren Konflikte aus dem Regierungsumfeld bekannt geworden.